

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Sonntag, den 31. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Sie Kapitalismus — die Arbeit.

Die Arbeiterpresse unterstützen, heißt Waffen schmieden für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Unsere Gegner haben dies gut begriffen und sie verfolgen daher die Arbeiterpresse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Verständen die Arbeiter die Bedeutung der Presse so gut zu schätzen, wie sie, so würden die Arbeiterorgane die zehn- und zwanzigfache Auflage haben.

Aber Millionen Arbeiter schlafen noch den dumpfen Schlaf aller Geknechteten. Müde und entnervt von dem Sklavenleben des „freien“ Mannes der kapitalistischen Gesellschaft, von der Sorge um das tägliche Brot mit allen Muskeln ihres Körpers und allen Fasern ihres Gehirns in Anspruch genommen, verlieren sie den Sinn für das Allgemeine, das Streben nach etwas Besserem, Menschenwürdigem.

Und es ist die Aufgabe der kapitalistischen Presse, diese gefügigen Werkzeuge der Ausbeutung in ihrem traumähnlichen Dahinleben zu erhalten.

Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein lautes: „Wacht auf!“ zuzurufen.

Wacht auf, indem Ihr Euch Euren Leidens-, Euren Klagengeossen anschließt, indem Ihr begreift, daß Eure Kraft und Macht in Eurer Einigkeit liegen, gegen die alle Millionen, alle Bajonetten und Kanonen der kapitalistischen Gesellschaft nicht Stand halten.

Wacht auf! und lesset die Arbeiterpresse, werft die volksfeindlichen Blätter unserer Gegner hinaus!

Jeder Arbeiter kann das Arbeiterorgan halten. Schon dadurch trägt er sein Scherflein zum großen sozialen Befreiungskampfe bei, er wird zum **Mitkämpfer**, zum Mitstreitenden nach einer neuen Welt. In der alten hat er nichts zu verlieren als seine Ketten.

Der **Monatswechsel** steht vor der Thür. Nehmt die Gelegenheit wahr. Arbeiter, agitirt für Eure Presse, den

„Lübecker Volksbote“.

1904!

In der Reichstagsitzung vom 21. Januar 1897 sagte der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Graf Posadowsky, nach dem stenographischen Berichte (Seite 4201):

Ich glaube, der Hoffnung kann man sich auch nicht hingeben, daß die neuen Handelsverträge, die wir 1904 abschließen werden, einfach die Abschrift der bisherigen Handelsverträge sein werden (sehr gut! rechts).

nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vor allem aus rein zolltechnischen Gründen. Es ist vielleicht ein Mangel unseres autonomen Tariffs, der ein recht ehrwürdiges Alter in seiner jetzigen Gestalt hat, daß er nicht genügend spezifiziert in seinen einzelnen Positionen, und daß deshalb Handelsvertragsverhandlungen mit Staaten, die einen sehr spezifizierten Tarif haben, für uns durch einen solchen Tarif, der große Gruppen zusammenfaßt, jedenfalls nicht erleichtert werden. Ich glaube, es wird deshalb notwendig sein, als Grundlage für den Abschluß neuer Handelsverträge vor allen Dingen einen viel spezifizierteren neuen autonomen Tarif anzufertigen. (Sehr richtig! rechts).

Mit dieser Arbeit ist das Schatzamt zunächst beschäftigt — und darauf beruht es, daß im Etat des Reichsschatzamtes eine neue Stelle für einen vortragenden Rath von Ihnen erbeten wird. Sie können sich denken, daß das eine ganz außerordentlich schwierige Arbeit ist. Es muß zunächst das System für einen neuen und autonomen Tarif festgelegt und demnachst jede einzelne Position des jetzigen Tariffs durchgegangen werden; es müssen ferner die aus den Interessententretten hervorgegangenen Wünsche auf Tarifänderungen einer genauen Erwägung unterzogen werden, und schließlich muß über die einzelnen Positionen gruppenweise mit den Interessenten selbst verhandelt werden. Erst wenn man eine so feste wirtschaftliche Unterlage aus dem Verständniß der beteiligten Kreise heraus gewonnen hat, kann man die Arbeit abschließen und dem Bundesrath und später dem Reichstag zur Beurtheilung und Beschlußfassung vorlegen. Das ist eine jahrelange Arbeit; aber es folgt schon zolltechnisch daraus, daß die neuen Handelsverträge nicht eine einfache Abschrift derjenigen Handelsverträge sein können, die jetzt bestehen. (Bravo! rechts).

Diese Rede des Staatssekretärs ist von der agrarischen Partei mit Recht lebhaft begrüßt worden. Sie ist ein folgenschwerer Schritt weiter, den die Regierung hat, um die auffässigen Bündel und rebellischen Junter zu ge-

winnen. Das Junkertum wird von dem Ministerium des allerneuesten Kurzes nicht mit Energie in seine Schranken zurückgewiesen, die Liebesgaben- und Trinkgeldwirtschaft wird vielmehr zu höchster Blüthe emporgetrieben.

Die Handelsvertragspolitik, von der Regierung ins Werk gesetzt, weil der Industriestaat Deutschland sonst dem Verfall geweiht gewesen wäre, ist von uns nur als der Anfang einer handelspolitischen Reform, als das der modernen Wirtschaftsentwicklung gewährte erste Zugeständniß betrachtet worden. Aber diese Konzession war eine Lebensnotwendigkeit für das heutige Gewerbswesen, für die Ausfuhrindustrie, das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft.

Seit dem Jahre 1893, seit dem Tivollbündniß führen die Agrarier einen erbitterten zähen Kampf gegen die Handelsverträge, und der Widerstand der Regierung gegen diesen Sturmhauf wird immer schwächer. Sie schüttelt ein Füllhorn von „kleinen Mitteln“ über die Nothleidenden aus, der „alte und besetzte Grundbesitz“ nimmt, nimmt, nimmt und fährt fort zu „schreien.“

Der Bruch mit der Handelsvertragspolitik ist ihr Ziel, denn als gewerksmäßige Lebensmittelfabrikanten und Reichsstipendiaten erblicken sie in den Tarifen der Verträge das Heimanis ihrer Preistreiberien. Der Auspowerung der Masse durch hohe Lebensmittelpreise steht die ausländische Einfuhr im Wege, die wahrlich noch hohen Zollsätze des Tariffs (3,50 Mark für den Doppelcentner Getreide) genügen denen nicht, die durch Sperrzölle jeden Wettbewerb ausschließen möchten, um das werththätige Volk nach ihrem Belieben ausplündern zu können.

Die Regierung des ewig wechselnden Kurzes hat nun so viel schon für ihre ungezogenen Lieblinge gethan, mit Viehspuren, Zuckersteuer- und Branntweinsteuernovellen, mit Terminhandelsverbot u., und nun weicht sie noch weiter zurück.

Denn die Rede Posadowskys ist eine wichtige Station auf dieser unrühmlichen Fucht der Herrschenden vor den wildgewordenen Granden Ostasiens.

Posadowsky verheißt eine Umgestaltung der Handelsverträge nach ihrem Ablaufe im Jahre 1904, er verheißt sie im Sinne der Hochschutzzöllner, die mit lautem Beifalle ihrem Gönner danken. Nicht gemäß dem Gange der Entwicklung sollen die Verträge ausgebaut werden, keine Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle auf notwendige Bedürfnisse des Massenverbrauchs ist geplant. Durch die 1892 eingeleitete Politik soll ein dicker Strich gemacht, die Hochschutzzöllner wieder in den Sattel gehoben werden.

Was bedeutet denn anders die Ausarbeitung des neuen autonomen (selbständigen) Tariffs? Da werden die Tarifsätze zum Theil bis zur Höhe von Sperrzöllen gesteigert, um als Grundlage der neuen Verhandlungen über Handelsverträge zu dienen.

Der neuen Handelsverträge? Aber wird die immer mehr verjunktete Regierung überhaupt noch ihren Wünschen den Abschluß solcher Uebereinkünfte zumuthen? Und wenn die Verträge wirklich auf die Tagesordnung gesetzt werden, werden dann die Ruhnießer hoher Tarife, Schlot- und Krautjunker nicht die schwindelnd hohen Sätze des „autonomen Tariffs“ als die Grundlage, als das Ziel auf innigste zu wünschen bezeichnen und mit allen Mitteln, offen und im Geheimen, im Parlament wie auf den Hintertreppen sich für das gemeinschädliche System der Abschließung, der Kampfszölle ins Zeug legen?

Daß die Reichsregierung der Einheitlichkeit entbehrt, daß sie von Kurs zu Kurs schwankt, daß die Plötzlichkeit Trumpf ist, wer wüßte es nicht? Eine Regierung, die so steuerlos ins Uferlose hinausfährt, bietet keine Bürgschaft dafür, daß sie ernsthaft die Interessen der Gesamtheit gegenüber dem agrarischen Plasmacherthum vertritt.

Ob Graf Posadowsky das Jahr 1904 als Staatssekretär erlebt, wer weiß es? Langlebigkeit ist jetzt keine deutsche Ministerugend. Aber die nach ihm kommen, stehen ebenso unter dem Einflusse der Agrarier; sie müssen!

Wöge das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen dafür sorgen, daß die Heckenreiterpläne der Edelken und Besten durch eine volksfreundliche Reichstagsmehrheit zu Schanden werden.

Gefahr ist im Verzuge.

(Leipz. Volksztg.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist Donnerstag nach Schluß der Plenarsitzung gewählt worden und hat sich sofort konstituiert. Vorsitzender ist Abg. Köfide (wild-liberal), dessen Stellvertreter Hr. v. Stumm (Rp.) Außerdem gehören der Kommission an die Herren Dr. Hise, v. Hertling, Klose, Pingel, Trimbom, Steininger, Fusanagl (Schriftführer), Letocha (Zentr.) Abt, Frank-Baden, Dr. Kruse, Dr. Paasche (nl.); Fischbed, Kopsch, Lessing (Schriftführer) (Frs. Bp.); Engels (Rp.); von Kleist-Regow, Graf Stollberg, v. Lebehorn, v. Langen, v. Frege (konf.); Müller-Waldeck (Antif.); Segelsti (P.); Grillenberger, Mollenbuhr, Stadthagen (Schriftführer) (S.D.). — Die Kommission tritt am 4. Februar zur ersten Sitzung zusammen.

Aus dem Reichstage. Von einer gewissen Eintönigkeit sind die Verhandlungen über den Postetat nicht freizusprechen. Jahr folgt auf Jahr, Etatberathung auf Etatberathung, und immer wiederholen sich die alten Klagen über die Reichspostverwaltung. Die Sonntagsruhe der Unterbeamten, die Maßregelung von Mitgliedern des Postassistentenverbandes, die Herabsetzung der Telegraphengebühren, die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe sind die ständig wiederkehrenden Wünsche und Beschwerden aus der Mitte des Reichstages, und ebenso stereotyp ist das Nein, das die Leiter des Postwesens ihnen entgegensetzen. Herr v. Stephan und sein Gehülfe, der Unterstaatssekretär Fischer theilen sich in dies Geschäft des Reinsagens. Bei dem alten Staatssekretär der Postverwaltung bricht die urwüchsigste Verbtheit des Wesens noch hier und da in den Reden hervor, die gelegentlich durch einen kleinen, humoristischen Zug belebt werden, bei Herrn Fischer aber ist alles aus zweiter Hand, alles nur Kopie des Meisters. Donnerstag waren es die Abgeordneten Müller aus der freisinnigen Volkspartei, Pingel vom Zentrum, Dr. Hammacher von den Nationalliberalen und Werner von den Antisemiten, die sich gegen die eingefrorene Initiative der Postverwaltung wandten und die finanziellen Bedenken des Herrn von Stephan gegen jede Verbilligung der Tarife bekämpften. Unterstützung fand der ängstliche Fiskalismus des Staatssekretärs nur bei dem freikonserватiven Herrn Gamp, dessen finanzpolitische Anschauungen ja ganz verwandter Natur sind. Wenn aber Herr Gamp geglaubt hatte, damit das Wohlwollen des Staatssekretärs für eine ganz beschiedene Reform zu gewinnen, die er vorschlug, so irrte er sich. Sein Wunsch, daß die besondere Gebühr, die für dringende Pakete erhoben wird, in Wegfall kommen soll, wenn Medizinendungen aus den Stadtpotheken aufs platte Land gehen, wurde ihm rundweg und zwar auch aus fiskalischen Gründen abgelehnt. Von unserer Seite sprach Singer. Er wünschte, daß die Sonntagsruhe und der Sommerurlaub für die Unterbeamten nicht bloß auf dem Papier stehen möge, gab einen neuen Beleg für die wunderbare Höflichkeit, mit der manche Postdirektoren vom Assistentenverbande reden und brachte die Bevorzugungen im Berliner Fernsprechwesen zur Sprache, die durch den bekannten Ruf: „Es kommt etwas Hohes“ zur Genüge bezeichnet werden.

Das preussische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß der Budgetkommission des Reichstags, wonach auf Antrag Müller-Fulda die Position zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegstheilnehmer von 1 800 000 auf 2 760 000 Mk. erhöht werden soll, für staatsrechtlich unzulässig erklärt. Die Mitglieder des Staatsministeriums, dessen Sitzung auch der Kaiser beimohte, sprachen sich, wie die „National-Ztg.“ berichtet, mit großer Schärfe gegen solche Ueberschreitung der Befugnisse der Budgetkommission aus, die damit auch in die Rechtsverhältnisse der Einzelstaaten übergreife. — Die Angelegenheit wird demnach im Plenum des Reichstags eine ausführliche Erörterung finden.

Als Resultat der deutsch-russischen Zollverhandlungen meldet man aus Petersburg: Nach einer Mittheilung der „Handels- und Industriezeitung“ hat der Finanzminister angeordnet, daß angeichts des mit der deutschen Regierung abgeschlossenen Abkommens wegen gegenseitiger Zugeständnisse:

Taschnewaaren jeder Art (Taschen, Portemonnaies, Portecigares u. s. w.) aus Saffian, Samischleder und Glanzleder

durchzulassen sind nach Tarifartikel 57, Punkt 5; ferner Wa... standgläser, unabhängig von dem Material, woraus sie angefertigt sind, nach Tarifartikel 167, Punkt 2; porzellanähnliche Knöpfe (angegeben im Zirkular des Jahres 1894, Nr. 16 700) nach Tarifartikel 212, Punkt 2, ebenso wie Porzellanknöpfe mit einem Gold von 26 Kopeken in Gold pro Pfund; ferner ist Wäsche aus Celluloid durchzulassen, nach Tarifartikel 167, Punkt 6. Hierdurch sind die Punkte 1, 2, 3 und 5 des Zirkulars vom 22. August 1896, Nr. 17 187, aufgehoben.

Nach einer weiteren Meldung aus Petersburg wird auch die zollfreie Zulassung bezw. Zollherabsetzung landwirtschaftlicher Maschinen vorbereitet. Die deutschseits gemachten Abkommen schon in den nächsten Tagen seinem vollen Wortlaut nach veröffentlicht werden.

Die „Kölnische Volkszeitung“ hört das Gras wachsen. „Es geht etwas vor, man weiß nur nicht was... Der Kaiser war neulich zwei Stunden beim Reichskanzler in dessen Wohnung, und am 16. d. M. hat der Kaiser einer Ministerialratsitzung beigewohnt und, wie die „Post“ hinzusetzt, die Verhandlungen selbst geleitet. Es läge nahe, anzunehmen, daß die Verhandlungen etwa damit zusammenhängen, daß beispielsweise Kundgebungen vorbereitet würden, wozu die verantwortlichen Rathgeber der Krone gehört werden müßten. In ernsthaften politischen Kreisen wird die Unterredung des Kaisers mit dem Fürsten Hohenlohe in Verbindung gebracht mit dem neulichen Protest der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung; gegen die Bewilligung von städtischen Geldern zur Jahrhundert-Feier des Geburtstages des Kaisers Wilhelm I.“ Die „Kölnische Volkszeitung“ hat die Unterredungen, dieser Erklärung einen „provokatorischen Charakter“ zuschreiben. Der Mannesmutz des Centrums ist wirklich bewundernswürdig. Die „Kölnische Volkszeitung“ vermutet, daß bei den Verhandlungen des Kaisers mit seinen Ministern etwa die Rede gewesen sein könnte von „neuen Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokraten anlässlich des Zwischenfalls in der Stadtverordnetenversammlung.“ Die Lehren des Sozialistengesetzes und der Umsturzvorlage sind doch noch in frischer Erinnerung.

Zum Schröder-Prozess wird der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ aus Essen geschrieben:

Der Herr Justizminister Schönlank hat so bestimmt die völlige Gerechtigkeit des Meinheits-Urtheils verkündet, daß wir nur wünschen, der Justizminister käme einmal selbst hierher, um sich in den Kreisen der Bürger von der Ausnahme seiner Rede zu informieren. Hier in Essen ist der 17. August 1895 noch nicht vergessen. Damals standen Tausende Essener Bürger und Arbeiter vor dem Schwurgericht, um die freigesprochenen Schröder und Genossen in Empfang zu nehmen. Kein Mensch dachte nämlich an die Möglichkeit einer Verurteilung. Und als dann der Urtheilspruch bekannt wurde, da legte sich krummes Entsetzen auf die Massen. Nicht umsonst wurde Münster unter starker Bedeckung zum rheinischen Bahnhof geführt. Nicht umsonst sperrte man die Lohenstrasse ab. Und dann wünschten wir, Herr Schönlank hätte mit uns einen Rundgang gemacht durch die bürgerlichen Lokale Essens. Ob nun in einer von vorwiegend ultramontanem, liberalem oder sozialistischem Publikum besuchten Wirklichkeit, überall wollte man anfänglich an das Meinheitsurtheil gar nicht glauben. Erst nach langem Zureden schenkte man dem Unerhörten offenes Ohr. So lagen die Sachen damals und liegen sie noch heute an der Stätte des Schröder-Prozesses. Keine einzige Zeitung, nicht einmal die brutal-kapitalistische „N.-W. Ztg.“, wagte es damals, das Urtheil der Geschworenen ein absolut richtiges zu nennen. Und auch heute ist dasselbe für die Blätter ähnlichen Schlages ein Punkt, über welchen man nicht gerne so schreibt, daß es das Volksempfinden verletzt. Dies zur Steuer der Wahrheit!

Auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Seeleute haben neben dem gewaltigen Kampfe an unserer Waterkant auch die Reichstagsverhandlungen der letzten Tage die allgemaine Aufmerksamkeit gelenkt. Jetzt liegt wieder ein authentisches Aktenstück darüber vor. Der „Nautische Verein“, ein Arbeiter-Verband, muß in seinem jüngsten Rundschreiben, ausgefertigt durch seinen Vorsitzenden, den Krieger Rieder Sartori, die Lohnforderung der Seeleute anerkennen, denn bezgl. der massenhaften Desertion derselben heißt es: „Der Nautische Verein zu Rapsburg (in Oldenburg) erblickt als einziges Mittel zur Verhütung der Desertion erstens eine gehörige Behandlung der Seeleute, zweitens jebedmalige Verfolgung des Falles durch Strafanzug. Als Grund der Desertion älterer und erfahrener Seeleute bezeichnet der Seeschiffersverein zu Stettin in den meisten Fällen die in Deutschland üblichen niedrigen Löhne. Die deutschen Seeleute seien als tüchtige und brauchbare Arbeiter bekannt, und würden im Auslande besser bezahlt, so daß sie dort ein besseres Auskommen fänden. Bei den jüngeren Leuten trage die Leichtgläubigkeit und Unerfahrenheit, sowie die Verführung der Boardingmaster (Wirtshaushalter), Schlaf- und Heuerhaase dazu bei, die Desertion zu veranlassen. Als Abhilfe wird u. A. die Belehrung über Invalidentät und Altersversicherung bezeichnet.“ Obgleich hier praktische Kopie die Ansicht der streikenden Seeleute durchwegs richtig beurtheilt, fällt es den satten Rhedern gar nicht ein, freiwillig auch nur einen Cent zu bezahlen. Sie glauben sich damit abzuhelfen, den Seeleuten die deutschen politischen Gesetze vorzuhalten. Wie das amerikanischen und englischen Seeleuten verjagt sind. So billig machen es aber selbst die schreienden Seeleute nicht!

Militärische Theaterzensur. In Karlsruhe ist die Aufführung von Sudermann's Einakter „Morituri“ verboten worden. Ueber die Gründe dieses Verbots wird Folgendes mitgetheilt: Die drei Stücke von Sudermann wurden von dem Intendanten Dr. Wäckerl unter der

Billigung des Großherzogs angenommen. Bald darauf glaubte General von Bülow gegen die Aufführung des Stückes „Frischen“ Einwendung machen zu sollen und wandte sich deswegen an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Inzwischen erfolgte die erste Aufführung von „Morituri“ in Baden-Baden, worauf der General v. Bülow erklärt haben soll, wenn das Stück in Karlsruhe zur Aufführung gelangte, werde er dem Militär wie den Offizieren den Besuch des Theaters verbieten. v. Bülow soll befürchtet haben, daß die Affäre Bräsewitz zu Aergerniß Veranlassung geben könnte. Der Großherzog gab dem Drängen sehr gegen seinen Willen nach und so entstand das Verbot der „Morituri.“ In dem Stücke spielt ein Lieutenant „Frischen“, der eine verheirathete Frau verführt hat, von dem beleidigten Gatten deswegen geprügelt worden ist und nun nach der Sitte seines Standes diesen Schimpf auf dem Duellwege sühnen muß, die Hauptrolle. Einen Lieutenant in solcher Situation dem Publikum zu zeigen, ist also „staatsgefährlich.“

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 29. Januar.

164. Sitzung.

Präsident v. Nolde eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesrathstische: v. Stephan, Fischer. Die Beratung der Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs.“ Dr. Hase (N.) beklagt es ebenfalls, daß Herr v. Stephan all den größeren und kleineren Wünschen des Publikums so hartnäckigen Widerstand entgegensetzt. Das verstanden nicht einmal die begeisterten Anhänger des Generalpostmeisters. Redner tritt dann für Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, für Sommer-Uniformen der Beamten ein und kommt dann auf den Fall Balfjord zurück. Fast die gesamte Presse habe damals behauptet, daß die Darstellung seitens des Staatssekretärs unrichtig gewesen sei. Herr v. Stephan habe bisher nichts berichtigt. Er habe es für die Pflicht des Staatssekretärs, hier eine Aufklärung darüber zu geben. Herr Balfjord soll sich eines bevorzugten Platzes auf der Journalistentribüne des Reichstages erfreuen, vielleicht nehme der Präsident Veranlassung, diese doch wohl irrtliche Nachricht auf ihre Richtigkeit zu untersuchen. Ein bevorzugter Platz gebühre diesem Herrn nicht. Beim Fernsprechverkehr wünsche er ausgebreitete Dezentralisation. Der Herr Staatssekretär habe gestern auf die schlechte Finanzlage hingewiesen; er befreite diese schlechte Finanzlage aber, namentlich brauchten produktive Anlagen nicht darunter zu leiden. Die theuren Fernsprechgelder im Verkehr mit Württemberg und Bayern schafften eine neue wirtschaftliche Mainlinie. Er wüßte eine Verbilligung der Tarife. Die Ausdehnung der Postunion mit Oesterreich-Ungarn auf die Schweiz, Belgien und Holland sei hoffentlich nur noch eine Frage der Zeit. Erwünscht sei eine weitere Ausdehnung des Postnetzes, das bisher über England gehe und an dem England jährlich über 100 Millionen verdiene. Er begrüße deshalb die Legung des unabhängigen Kabels nach Vigo in Spanien.

Dr. Pauli (N.): Gegenüber den vielen Wünschen an die Postverwaltung habe er zu konstatieren, daß das platte Land dankbar sei für die großen Fortschritte, die das Postwesen dort in den letzten Jahren gemacht habe.

v. Leipzig (N.) schließt sich den Ausführungen des Vordredners an. Die Erweiterung des Gewichts der einfachen Briefe um 5 Gramme würde einen Verlust von vier Millionen Mark jährlich bedeuten. Woher diese vier Millionen nehmen? Die geringe Einnahme, die uns die Post im Vergleich zu den Rechten, die ihr eingeräumt sind, bringt, darf im Interesse der Reichsfinanzen nicht vermindert werden. Vortheil von der Erhöhung des Maximalgewichts der einfachen Briefe hat nicht der kleine Mann und nicht das platte Land. Wir sind deshalb dagegen; die Ermäßigung der Telegraphengebühren ist für größere Orte nicht an der Zeit, wohl aber für kleinere Orte, wo die Fernsprechanlagen weniger benutzt werden. Auch der bestausgearbeitete Postzeitungstarif würde den Einnahmehausfall nicht decken, den die Forderungen der Linken verurursachen würden. Die Behauptung Singers, daß am Beamtenpersonal gespart würde, ist unrichtig. Es ist schon gestern hervorgehoben worden, wie stark die Beamtenzahl vermehrt worden ist. (Bravo! rechts.)

Wäckerl (S.): Wir haben immer anerkannt, daß die Post ein Institut ist, das unsere Sympathien verdient. Wir sind immer geneigt gewesen, die postalischen Forderungen der Neubauten z. B. zu unterstützen. Feindseligkeit gegen die Post liegt uns also fern. Die Klagen, die wir erheben, werden aber auch aus den Reihen anderer Parteien laut; nur die Konserwativen machen eine Ausnahme. Selbst im reichstreuen Leipzig schwindet, wie der Abgeordnete Hase gesagt, die Zahl der Anhänger des Herrn Stephan. Wenn diese Klagen also so übereinstimmend erhoben werden, so sollte ihnen die Postverwaltung besseres Gehör leisten. Die Herren von der Postverwaltung haben nun hier wieder einmal die Bezeichnung der Klagen bestritten. So hat mich Herr Fischer aufgefordert, auf meine vorjährige Beschwerde über die mangelnde Sonntagsruhe bei der Eisenacher Post Einsicht von den Akten zu nehmen. Ich habe die Akten geprüft und in der That gefunden, daß für Eisenach ein Schema vorhanden ist, daß die Sonntagsruhe regelt. Das Schlimme ist nur, daß dies Schema noch nicht beweist, daß es gehalten wird. Von einer ganzen Reihe von Postbeamten aus verschiedenen Städten wird behauptet, daß das Schema zwar vorhanden ist, daß man sich aber nicht danach richtet. Es würde ein äußerst schlechtes Licht auf die Postbeamten werfen, wenn alle ihre Klagen, mit denen die Mitglieder der verschiedensten Parteien überhäuft werden (Sehr richtig!) auf Unwahrheit beruhten. Ich habe das Vertrauen zu den Postbeamten, daß sie uns nicht anlügen. (Sehr richtig! links.) Wir sind verpflichtet, ihre Beschwerden hier zur Sprache zu bringen, selbst auf die Gefahr hin, daß die eine oder andere dieser Beschwerden sich bei näherer Untersuchung als unrichtig herausstellt. Das liegt in unserer Stellung als Volksvertreter. — So wird mir aus Mannheim geschrieben, daß es mit der Sonntagsruhe der Paketbesteller übel bestellt ist. Mehrmalige Klagen kommen aus anderen Orten. So aus Hannover. Dort ist ein Briefträger, der seit zehn Jahren noch nie einen völlig freien Sonntag gehabt hat. (Hört! hört! links.) Aus Breslau wird mir berichtet, daß dort in Folge der Sonntagsruhe zwei Beamte die Arbeit von vier verrichten müssen. Das trifft zusammen mit den gestrigen Ausführungen meines Freundes Singers. Die Post spart an Beamten. Nun wird darauf hingewiesen, daß in diesem Etat 5000 Beamte etatsmäßig neu eingestellt sind. Es ist ja außerordentlich erfreulich, daß die Postverwaltung ein altes Verlangen des Reichstages erfüllt hat, die auf Kündigung angestellten Beamten fest anzustellen. In Bezug auf die Arbeitslast der Beamten, auf ihre Entlastung ist damit aber nichts gethan. Ob die Leute auf Kündigung angestellt oder fest angestellte Beamte sind, ist gleichgültig für die Bewältigung der Arbeit. Angesichts des fortgesetzten steigenden Verkehrs muß die Postverwaltung ihr Personal vermehren, sie thut es aber nicht in ausreichendem Maße. Auch darüber wird geklagt, daß die wöchentliche Arbeitszeit von 70 Stunden für die Unterbeamten nicht eingehalten wird. Wir sind Fälle mitgetheilt, wo die

Unterbeamten 13, 14, 15 Stunden täglich arbeiten müssen. Wie erklärt sich diese übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft? Man braucht nur daran zu denken, wie ungenügend der Leiter einer Postanstalt sich an die vorgelegte Beschränkung wendet, um die Anstellung neuer Arbeitskräfte zu beantragen. Neue Arbeitskräfte kosten Geld und damit wird der Ueberschuß der Post vermindert. Es ist menschlich begreiflich, daß der Leiter einer Postanstalt als tüchtiger Beamter gelten will, schon wegen der Beschränkung, und daß er deshalb Wünsche auf Einstellung neuer Beamten zurückstellt. Es ist eben das fortgesetzte Verstreuen der Reichspostverwaltung der Reichskasse steigende Ueberschüsse zur Verfügung zu stellen. Dies Moment giebt überall den Ausschlag. In diesem Jahre ist der Ueberschuß höher als je zuvor. Daß bei solchem Verstreuen die geschädigten Umstände hervortreten müssen, erscheint mir zweifellos. (Zustimmung links.) So wird dann z. B. das Urtheilrecht den Beamten dadurch verweigert, daß sie für einen Stellvertreter sorgen, ja ihn bezahlen müssen. Macht der Urlaub schon an sich besondere Kosten, so wird doch der Anspruch der Beamten auf diese Weise völlig aufgehoben. Wir werden daher gewarnt, Beschwerden zu gläubig anzunehmen. So wenn eine solche Beschwerde nur von einer Seite käme, so würd ich gar nicht darauf Bezug nehmen, sie kommen aber so häufig und von so vielen Seiten, daß es unsere Pflicht ist, sie vorzutragen. Der Unterstaatssekretär hat die Art und Weise, in welcher der Oberpostdirektor in Karlsruhe in seinem Zirkular aufgetreten ist, gewissermaßen zu rechtfertigen versucht; der Herr soll gerecht gewesen sein, und ich gebe zu, daß er dazu vielleicht Anlaß hatte. Aber daß er sein Zirkular an die untergebenen Postämter mit schweren Beleidigungen füllte, darüber hätte der Unterstaatssekretär Mißbilligung aussprechen sollen; ein solcher Ton darf niemals angeschlagen werden. (Sehr richtig! links.) Es könnte böse Folgen haben, wenn andere Leute glauben würden, sich gleichfalls eines solchen Tones bedienen zu dürfen. Ueber die Art und Weise, wie der Unterstaatssekretär den Vorgang mit dem Mittelmeister von Auerwald bei Seite zu schieben suchte, bin ich doch auch sehr erstaunt. Es gebe in Bezug auf die Behandlung aller Verordnungen, welche das Telegraphenwesen, seine untergeordneten Verordnungen, ja, mein Freund Singer hat auch nur behauptet, daß der betr. Vorleser dieses Aktes für seine Person eine Bevorzugung des Herrn v. Auerwald und des ganzen Unionclubs angeordnet hat. Und das kann gar nicht bestritten werden, das steht gerichtlich fest durch das eibliche Zeugniß von zwei Telegraphenbeamten, dem der Vorleser des Aktes nicht widersprochen hat, und durch die eigene Aussage des Herrn Auerwald, daß diese Anordnung getroffen sei, nachdem der Unionklub sich kein Kaster beschwert habe. Das ist doch ein äußerst seltsames Verfahren dieser Herren. (Sehr richtig! links.) Wir kommt die Postverwaltung dazu, eine solche Beschwerde zu berücksichtigen und die volle Klappe anzubringen? Das Besondere ist, daß die Herren mit Umgehungen aller Instanzen direkt beim Kaiser Beschwerde einlegen. Ja, leben wir denn im absoluten Anate? Hat denn der Kaiser überhaupt das Recht, derartige Beschwerden entgegenzunehmen? (Zustimmung links.) Daß der Vorleser des Telegraphenamtes in der fatalen Lage, in der er sich befand, den Wünschen der Herren Rechnung trug, darüber wundere ich mich ja nicht. Daß aber die Verwaltung es in der Ordnung fand, daß die hohen Herren ihre Beziehungen zum Hofe in dieser Weise mißbrauchen, das verstehe ich nicht. (Sehr richtig!) Wir müssen verlangen, daß selbst der höchste im Lande, wenn er sich beschwert fühlt, den betreffenden Instanzenzug einhält. Wie würde es dem Soldaten ergehen, der mit Uebergehung der nächsten Instanzen sich direkt an die oberste wenden würde? Aber diese Herren betrachten den Staat bloß als eine Domäne für ihre persönlichen und gesellschaftlichen Zwecke. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Herr Dr. Hammacher hat gestern Bewahrung dagegen eingeleitet, daß man sich hier gegen Personen außerhalb des Hauses wende, und ein Theil des Hauses hat ihm lebhaft zugestimmt. Wir müssen wir uns sehr hüten, Leute, die sich nicht verteidigen können, anzugreifen, etwa aus persönlichen Rachegefühlen und anderen unläuteren Beweggründen. Aber wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Kritik. Um die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, haben wir die Immunität; wir haben sie nicht bekommen, damit wir sie nicht benutzen, sondern um das Recht des Staates und der Gesamtheit besser wahr zu können, auch gegen die Krone, wenn es nöthig ist. Wenn ein Mann in bevorzugter sozialer Stellung es sich herausnimmt, untergeordneten Beamten, die es gar nicht wagen, ihm entgegenzutreten, Worte zuzurufen, wie „Dummes Schwein.“ so muß das beim rechten Namen genannt werden. Es handelt sich dabei um dieselbe Klasse, die befähigt für sich ein feineres Ehrgefühl in Anspruch nimmt. Ich glaube nicht an dieses feineren Ehrgefühl; es handelt sich bloß um energiegeladene Formen, und jeden Augenblick, wo die Wünsche dieser Herren oder ihre Vergehungen und Leidenhaftigkeiten zu Tage kommen, sind sie bereit, diese energiegeladenen Formen aufzugeben. Ich denke dabei immer an das französische Sprichwort: Grattez le Russe et vous trouverez le Cosaque. Es ist unsere Pflicht, uns gegen solche Mißbräuche zu wehren, und wenn es von keiner anderen Seite des Hauses geschieht, dann geschieht es von unserer Seite. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere Frage. Die Postverwaltung nimmt für sich das Recht in Anspruch, Telegramme und Postkarten nicht zu befördern, wenn sie einen staatsgefährlichen oder unehrbildigen Inhalt haben. Es wird da aber mit zweierlei Maß gemessen. So bald wir hier bei einer Mißthatenakte eine Rede halten, die die Gefühle gewisser Kreise verletzt, erhalten wir tagelang mit jeder Post Massen von Briefen und Postkarten, die von Beleidigungen freyen. Wir beschweren uns darüber ja nicht und ich sage mir nur: der Fieb hat also gefessen (Heiterkeit). Nun aber die Rehrseite. Unlänglich des Hamburger Streiks wurde von dort ein Telegramm an die Berliner „Volks-Ztg.“ abgefaßt, das unter Anderem meldete, es würde nun zum „Kampf auf's Messer“ kommen. Das Telegramm ist wegen angeblich staatsgefährlichen Inhalts nicht befördert worden. Wie kommt die Postverwaltung dazu, ein solches Telegramm zu beanstanden? „Kampf auf's Messer“ ist doch biblisch gebraucht; gegen die Sozialdemokratie wird das Wort auch Tage angewendet, auch in diesem Hause, — aber Ernst hat doch damit noch keiner von Ihnen uns gegenüber gemacht. (Heiterkeit.) Das Telegramm aber ist wegen dieser biblischen Redensart zurückgewiesen worden. Handelt es sich aber um Telegramme von der anderen Seite die die Arbeiter verächtlich, dann ist es etwas Anderes. Man hat Telegramme verbreitet, die wider besseres Wissen den streikenden Gewaltthaten in die Schuhe schoben, von Unruhen im Hafen, von Unkeimanderreibung, von Zusammenrottungen durch starkes Polizeiaufgebot meldeten; da gab es keine Zensur; auf dieser Seite kann noch so niederträchtig, gemein und wahrheitswidrig vorgegangen werden, da wird ein ganz anderer Maßstab angelegt. Da heißt es wieder einmal, wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Aber ich bezweifle überhaupt, ob der Post eine solche Zensur zustehen soll; die Post hat doch nicht die Möglichkeit, die Wahrheit zu ermitteln; sie kommt auf diese Weise in eine schiefe Lage, sie wird eine Zensurbesörbe und damit parteiisch; sie muß es sich dann gefallen lassen, daß hier scharfe Angriffe gegen sie gerichtet werden. (Zustimmung links.) Bezüglich der gemüthlichen Verkehrsbeleichterungen spricht man immer von zehn Millionen Ausfall; wenn man die vier Millionen für Anlagelosten abzieht, und es handelt sich um Forderungen, die im Verkehrsinteresse allseitig als notwendig erachtet werden. Gerade die Behörden sind bei der Heraushebung der Gewichtsgrenze hervorragend bethätigt, so daß die Konzeption an das Publikum bedeutend geringer wird. Oesterreich hat bereits die Gewichtsgrenze von 20 Gr., die Schweiz, die so bedeutend größere Anlagelosten im Post- und Telegraphenwesen hat, durch die Natur des Landes, besorgt Briefe bis 250 Gr. für einfaches Porto. Auch in Süddeutschland ist man uns voraus. In München kostet die Be-

förderung eines einfachen Stabbriefes 3 Pf., in Württemberg auf Entfernungen bis zu 10 Kilometer 5 Pf. Der bayerische Verkehrsminister, Herr v. Crailsheim, hat sich i. Zt. direkt darüber beschwert, daß den Reformbestrebungen der bayerischen Postverwaltung sich die Reichspostverwaltung entgegenstelle. Die Festsetzung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe aus Oesterreich nach Deutschland auf 15 Gramm, während in Oesterreich 20 Gramm beibehalten werden, wird den deutschen Geschäftslenten genug Unstände machen, bis sich ihre österreichischen Geschäftsfreunde an die Beachtung dieser Vorkehrung gewöhnen werden. Als ich in der Vorkommmission den unthätigen Zustand zur Sprache brachte, daß sich in Berlin und anderen Städten Privatpostanstalten aufgethan hatten, die bedeutend billiger als die Reichspost seien, erwiderte mir Herr v. Stephan: „Na, darüber bin ich gar nicht erbost. Warum gönnen Sie den Leuten das Geschäft nicht.“ Das ist doch eine wunderbare Auffassung. Weshalb sind denn i. Zt. der Post ihre Privilegien eingeräumt worden. Weil man sich sagte: Wir verlangen von der Reichspost eine Reihe von Verbesserungen im Interesse des Verkehrs, die sie ohne Opfer nicht bringen kann, und die Privilegien nicht zu betragen vermögen. Das ganze System der staatlichen Verkehrsverwaltung wird getragen von dem Gedanken, daß das Bedürfnis des Verkehrs auf die beste, zweckmäßigste und billigste Weise vom Staate erfüllt wird. Wenn die Verwaltung aber nun erklärt, sie könne Reformen nicht einführen, weil sie andere, als reine Verkehrsbedürfnisse nehmen, weil sie fiskalische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen müsse, dann hat das ganze Privilegium der Post keinen Boden mehr, dann ist es besser, wieder die freie Konkurrenz auf diesem Gebiete zuzulassen. (Sehr richtig! links.) Auf der anderen Seite macht Herr v. Stephan aber ungünstig darüber, daß diese Privilegien nicht verlegt werden. In diesen Tagen kommt vor dem Reichsgericht ein Prozeß zur Entscheidung, in dem das Landgericht einen Verleger zu 4—6000 Mk. Strafe verurtheilt hat, weil er die Beförderung seiner Zeitung in die Nachbarorte unter angeblicher Verletzung des postalischen Privilegiums selbst besorgt hat. Das langsame Tempo auf dem Wege der Reformen muß die Postverwaltung aufgeben. Herr v. Stephan weist gern auf der Hand von Zahlen mit großer Genauigkeit nach, wie kolossal sich der Verkehr in Deutschland gesteigert habe. Diese Steigerung liegt aber an dem Steigen der Produktion, und dies Steigen der Produktion verlangt wieder Reformen auf dem Gebiete des Verkehrs. Es ist eine große Täuschung, daß Deutschland, bezw. Herr v. Stephan, auf dem Wege der Verkehrsvereinfachung immer vorangeschritten sei. Die Postkarte hatte Oesterreich ein Jahr früher als wir. Das Einheitsporto von 10 Pf. hat England lange vor uns eingeführt; auch Oesterreich war uns darin voraus. Die Telegraphengebühren sind in der Schweiz billiger als bei uns. Es sollte der Ehrgeiz der deutschen Postverwaltung sein, anderen Staaten voranzugehen, nicht auf sie zu warten. Für unsere Postverwaltung aber kommt der Militär- und Marinezustand in erster Linie; erst wenn etwas übrig bleibt, kommt das Verkehrsinteresse in Betracht, obwohl wir doch im Zeitalter des Verkehrs leben sollen. (Dravo! bei den Sozialdemokraten.) (Schluß folgt.)

Lübeck und Ansburgergerichte.

30. Januar.
Achtung! Metallarbeiter! Der Zugang von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Berzinnern, Brennern und sonstigen Hilfsarbeitern nach dem Eiswerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden im Abdruck gebeten.

Das Streikkomitee ersucht, bei Zeichnung von Gelder für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammelisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftsverband herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Testamentsverlesungen. In der Sitzung des Amtsgerichts am Montag, den 1. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr (Zimmer Nr. 7), werden verlesen werden: 1) das Testament des hieselbst am 13. Januar 1897 verstorbenen Wirths F. M. F. Lange; 2) das gegenseitige Testament des hieselbst am 18. Januar 1897 verstorbenen Maurermeisters F. S. H. Weinberg und seiner Ehefrau E. M. E. geb. Bohnhoff.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Im großen Casinoaal hielt Freitag Abend im Auftrage des obigen Vereins Herr Dr. med. Hirschfeld aus Charlottenburg einen Vortrag über das Thema: „Ueber die Gesundheitsbedingungen (Neben naturgemäße Athmung, Kleidung, Ruhe und Bewegung).“ In ausführlicher, trefflicher Rede verbreitete sich der Vortragende über das genannte Thema. Wenn auch der Vortrag nichts Neues bot — wir können von einer ausführlichen Wiedergabe

absehen — so verfehlte er doch nicht seine Wirkung auf die zahlreich erschienenen Zuhörer. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Eine öffentliche Schuhmacherverammlung tagte gestern im Vereinshaufe. Gen. Stoltenburg aus Ottenen referirte über die Ursachen und den Stand des Streiks in der Schuhwaarenfabrik von Tiedt in Ottenen. Auf Grund seiner Ausführungen wurde beschlossen, von nächster Woche ab die im Auslande befindlichen Kollegen energisch durch Geldmittel zu unterstützen.

Ein Wäschebiefstahl wurde in der Nacht zum Donnerstag auf einer an der Mauer belegenen Bleiche verübt. Es wurden dabei 3 halbleinene Oberhemden, 3 Jägerische Herrenhemden, 3 Unterhosen (System Jäger) und 2 baumwollene Unterhosen, eine davon mit „S“ gezeichnet, gestohlen.

Gewerbegericht. Sitzung vom 29. Januar. Der Arbeiter H. war als Vorarbeiter bei der Firma Diebte u. Stoltenhoff gegen einen Wochenlohn von 18 Mk. beschäftigt. Außerdem waren ihm wöchentlich 12 Mk. extra zugesichert bei guter Führung und unter der Bedingung, daß er die Arbeit nicht sofort, sondern erst nach Vereinbarung niederlegen dürfe. Trotzdem trat er plötzlich aus der Arbeit, worauf die leitenden 12 Mk. einbehalten wurden. Er klagte auf Zahlung derselben mit der Motivierung, daß er später die Fabrikordnung, welche Kündigung ausschließt, unterschrieben habe, zog aber, da er oben geschriebene Vereinbarung nicht in Abrede stellen konnte, wegen Ausichtslosigkeit die Klage zurück. — Eine zweite Sache ward vertagt.

Hamburg. Eine Haussuchung nach dem Manuskript zweier Artikel, durch welche der König der Belgier beleidigt worden sein soll, fand gestern Vormittag, trotz der vom „Echo“ abgegebenen Erklärung, daß eine solche überflüssig sein würde, in den Geschäftszimmern und der Redaktion des „Hamb. Echo“ statt, blieb aber, wie vorausgesetzt, resultatlos. Inkriminirt sind zwei Notizen in den Nummern 272 und 292 des „Hamb. Echo“, deren Beschlagnahme verfügt worden ist.

Hamburg. Zum Streik der Hafenarbeiter und Seelente. Die „Arbeitswilligen“ werden allmählich abgehoben, denn vorgestern Abend verließ abermals ein Trupp mit Sach und Pack den Hafen. Als vorgestern Nachmittag auf einem Dampfer aus mehreren Gängen Schauerleute die „Tüchtigen“ herausgeholt wurden, legten die anderen die Arbeit nieder, ließen sich ihren Lohn auszahlen und verließen mit dem Bemerkten das Schiff, daß ihre Stunde so wie so bald geschlagen habe. Der Steuer, der den Werth seiner „Arbeitswilligen“ kannte, ließ sie ruhig abziehen. — Vorgestern verbreitete sich an der Wasserkante das Gerücht, daß die Arbeiter den Lohn der Heizer und Trimmer bewilligt hätten und daß bereits Heizer zu 70 Mk. und Trimmer zu 60 Mk. pro Monat angemustert worden seien. Wie uns von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, beruht dies nicht auf Wahrheit. Nur eine Anekdote, die vorgenannte Lohnsätze schon seit längerer Zeit bezahlt, hat vorgestern Leute zu diesen Lohnsätzen angemustert. — Der Hafen bietet dasselbe Bild wie vorgestern, so daß wir nicht in der Lage sind, Neues berichten zu können. Die Eisverhältnisse behindern selbstverständlich in ganz anderem Maße als früher das Fortschreiten der Arbeit. Wir bemerken gestern, daß fünf „arbeitswillige Ewerführer“ nicht im Stande waren, eine Kastenlinie zu dirigiren. Kopfschüttelnd beobachtete der Waas das Treiben seiner Leute. Auf einem anderen Leichter waren mehrere Arbeiter nicht im Stande, den Stropp (Schlinge) ordnungsmäßig um die zum Aufheben bestimmten Säcke zu legen. Als der Wize die Leute unwirksam ansah, legten sie die Arbeit nieder und drehten der Wasserkante den Rücken zu. — Auf der Elbe lagen gestern 310 Schiffe. — Der Dampfer „Reichstag“ (St.-Witka-Linie) soll als Streikbrecher-Hotel eingerichtet werden.

Hamburg. Die Gärtner-Vereine von Hamburg und Umgegend haben in der Lessinghalle, Gänsemarkt 35, Hamburg eine Herberge, verbunden mit Arbeitsnachweis, eingerichtet; für gute Betten, entsprechende Speisen und Getränke zu sehr mäßigen Preisen ist Sorge getragen. Der Arbeitsnachweis ist für Prinzipale wie Gehilfen unentgeltlich. Anfragen von außerhalb ist Porto beizufügen.

Altona. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde Donnerstag gegen den Arbeiter Larjon und dessen Schwester, die Witte Weidner aus Steinbek, vor dem hiesigen Landgericht verhandelt. Die Angeklagten befanden sich bereits

seit 8 Monaten in Untersuchungshaft und wurden seiner Zeit unter dem Verdacht der Mordthat und des Kindesmordes verhaftet. Da für Begründung des letzteren Verbrechens kein ausreichendes Material zu beschaffen war, so mußte sich die Anklagebehörde darauf beschränken, wegen Mordthat die Anklage zu erheben. In der Verhandlung war die Weidner geständig, während ihr Bruder hartnäckig leugnete. Beide wurden aber vom Landgericht schuldig befunden und zu je sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Bergeborf. Wegen Mangels an Rohmaterial müssen die Wäscher auf der Stuhlfabrik von Rümker theilweise bereits seit Anfang dieser Woche feiern. Wie man hört, soll eine Parthie ungewaschenes Rohr bereits seit Anfang Dezember im Hamburger Hafen liegen. Die so vielgerühmten Leistungen der „Arbeitswilligen“ müssen demnach doch nicht sehr weit her sein.

Schwerin. In einem Streite mit einem seiner verheiratheten Knechte wurde der Pächter Marung vom Pachthof Rehenhof erschlagen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M. Der hiesige Zahnarzt Markus und der Chemiker Diebmann experimentirten mit Mortons Verfahren. Zähne durch elektrische Induction von Cocain unempfindlich zu machen. Sie entdeckten dabei die Möglichkeit, auf elektrolytischem Wege dem Körper Morphin, Eisen, Quecksilber, Salicyl und andere Stoffe zuzuführen. **Karlsruhe.** Reichstagsersatzwahl in Donaueschingen. Der „Bad. Landesztg.“ zufolge erhielten: Merz (N.) 8666, Schüler (Z.) 8063 und Krohn (S.D.) 1105 Stimmen. Somit ist eine Stichwahl zwischen Merz und Schüler erforderlich.

Briefkasten.

D. A. 1) Nichtet sich nach den finanziellen Verhältnissen des Paters. 2) Wochenlohn muß bezahlt werden. 3) Vom 4. Jahre an, wenn die Mutter sich dazu versteht.

Quittung.

Für die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Thiel u. Söhne, hier, sind bei der Expedition des Volksboten eingegangen: Für die Beurtheilten: vom Sozialdemokratischen Verein Vorwerk . . . 10,50 Mk. Weitere Gelder nimmt gern entgegen Die Expedition, Johannisstraße 50.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 29. Januar 1897.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 102—110
II. Qualität	98—101
Abfallende und ältere Waare	90—95
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	—
Galtische und ähnliche	76—80
Finnländische Sommer	88—92
Amerikanische Waare	60—85

Der Markt schließt sehr fest. Käse geräumt.

Sternshaus-Viehmarkt.

Hamburg, 29. Januar.
Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1360 Stück, davon vom Norden — 6 Stück, vom Süden — 5 Stück. Preise: Versandtgrüne schwere 49—51 Mk., leichte 48—50 Mk., Baken 42—47 Mk. und Ferkel 44—48 Mk. pr. 100 Pf.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Freitag, den 29. Januar.

Angekommen:	
Nachmittags.	
12,25 D. J. P. Dillberg, Berg, von Kopenhagen in 17 Std.	
4,15 D. Regir. Nyger, von Hangö in 56 Std.	
6,35 D. Rußland, Ruppel, von Libau in 44 Std.	
Sonntabend, den 30. Januar.	
Vormittags.	
7,15 D. Nyden, Lund, von Rals in 16 Std.	
7,35 D. Imatra, Schöning, von Hangö in 60 Std.	
Abgegangen:	
Freitag, den 29. Januar.	
10.— D. Wiborg, Karstedt, nach Hangö.	
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr N.: NWW., mäßig. — 6,32 m. 5 Grad Kälte.	

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Zu vermietten ein freundliches möblirtes Zimmer. Johannisstraße 48, part.

3 Damen-Maskenanzüge zu verm. C. Zeich, Schwartau, Löffelberg.

Zu verkaufen: Ein gutes Pferd, 6 Jahre alt, zwei fast neue Pferdegeschirre, ein großer harter Blockwagen, auch zum Flaschenbierwagen passend. W. Blanck, Mori bei Stodolsdorf.

Zu verkaufen: Eine Parthie **schöne Ferkel** Borbedstraße 24.

5 Zugänger zu verkaufen. Trems. C. A. Kühn.

Ein Tabakspinner-Schering (ganz im Ganzen) wird zu Offert gesucht. E. Wiencke, Tabakfabrik, Johannisstr. 48.

Zahnziehen elektrisch Plombiren, künstliche Zähne untergeboten. H. Schreiber, Holstenstr. 32.

Echte Kanarienweibchen. Untertrabe 77.

Altes Blei zu kaufen gesucht. Th. Ahrens jr., Bau- u. Meißelerei, Hundest. 24

Die Schweinefleischherri von **W. Strohsfeldt** 73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt:

Frische Flohmen, Pfd. 50 Pf.
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Barbouade . . . Pfd. 60 Pf.
Quecksilber . . . Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
Praten-Schmalz . . . Pfd. 50 Pf.
Kopf und Bein . . . Pfd. 25 Pf.
Geräucherter Speck . . . Pfd. 60 Pf.
Gekochte Mettwurst . . . Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst . . . Pfd. 70 Pf.

Empfehle:
Dr. Kirschkaft Flasche 45 Pf.
Aug. Dohse, Arminstr. 24. Dasselbst schöne Eckartoffeln, Faß 45 Pf. gachweise billiger.

Photograph. Atelier „Nanon“

Lübeck, Klingenberg 8/9
Liefert in bekannt bester Ausführung:
12 Nist und 1 Cabinet für 5,50 Mk.
12 Cabinet . . . für 15.— Mk.
Bei Vorzeigung dieser Annonce 10 % Rabatt
— Sonntags bis Abends geöffnet. —

Photographie
Ernst Frank
53 Freitestraße 53
(Haus Freiholz), neben der Kommerzbank.
Feinste und sauberste Ausführung von Photographien bei billigsten Preisen.
Das Atelier ist Sonntags den ganzen Tag geöffnet.

Empfehle mich zu allen in meinem Fach vorkommenden Arbeiten.
Bestellungen nach Maß.
Billige Bedienung. Gute Arbeit.
Hochachtungsvoll
F. Schomann, Schuhmacher.
Engelsgrube 61/13.
Eine große Parthie nur neuer Muster in Rolle von **Tapeten u. Borden,** 10 Pf. an bei **H. E. Koch, Marienstraße 45.**

Möbel
Polsterwaaren, Betten, Kinderwagen, Regulateure, sowie ganze Ausstattungen, Herren- und Knaben-Garderoben, Damen-Mäntel und Umhänge, Kleiderhölzer, Leinwandwaaren etc. erhalten respectabile Leute unter sehr constanten Bedingungen auf
Scheibzahlung
in wöchentlichen, vierzehntägigen oder monatlichen Raten.
Waaren-Credithaus
S. Sachs, Johannisstr. 23.

Heute Abend:
Heisse Knackwurst und Bierwurst
Georg Schmidt
obere Fleischhauerstr. 11.
Täglich:
Frische Rohwurst
Grüß- und Brodwurst
Georg Schmidt
obere Fleischhauerstr. 11.

Am heutigen Tage eröffne ich
Mühlenbrücke 7 ein Special-Geschäft
in Fettwaaren und empfehle n. n. c.
 zu außerordentlich
 billigen Preisen in nur prima Waare:
 Hochfeine Margarine, Pfd. 55 Pf.
 Feine Margarine, Pfd. 50 Pf.
 Feines u. Schmalz, Pfd. 40 Pf. u. 2 Pfd. 75 Pf.
 Beste Meiereibutter, Pfd. 1.20 Mk.
 n. holländ. Rahmkäse, Pfd. 80 Pf. u. 1 Mt.
 n. Elster Käse, Pfd. 60 Pf. und 70 Pf.
 n. Schweizer Käse, Pfd. 50 Pf.
 n. Russischer Steppenkäse, Pfd. 40 Pf.
 Bikanter Polst. Käse, Pfd. 20 und 25 Pf.
 Sehr feine Leberwurst, Pfd. 60 Pf.
 Sehr f. Braunsch. Wurst, Pfd. 60 Pf.
 Extra f. Westfälische Sülzwurst, Pfd. 60 Pf.
 Hochf. Westfälische Mettwurst, Pfd. 1 Mt.
 Hochf. Westfälische Cervelatwurst, Pfd. 1.20.

Mühlenbrücke 7. Joh. Breede.

Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft
Fischergrube 52

empfehle ich zum Lagern und Nachsenden
 aller Gegenstände prompt u. billig.

Kranken-Unterstützungs-
Bund der Schneider.
 (Zahlstelle Lübeck.)

Am Montag den 1. Februar,
 Abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8.
 Tages-Ordnung.

1. Abrechnung.
 2. Innere Angelegenheiten.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Club Fidelitas.

Am Sonntag den 31. Januar

Masken-Ball

in sämtlichen Räumen des „Ziboli“.
 Lokalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
 Von 6-8 Uhr: Tanz für die Zuschauer.
 Eingang derselben Gewerkschaftssaal.
 Von 7-8 Uhr: Versammlung der Masken.
 Eingang derselben Königspforte.

Präcise 8 Uhr: Maskenzug.

Fremdenkarten sind bei den Herren Levy,
 Mühlenstraße 11, Nagel, Markt, Cigarren-
 geschäft und Callies, Kupferstraße 24,
 zu haben.

NB. Kinder, sowie Masken in Pierrotscostüm
 haben keinen Zutritt.
 Maskengarderobe am Ballabend im Hause.
 Der Vorstand.

Gasthaus „Zum gold. Stern“

Weiter Krumbuden 1.
 Täglich:

Unterhaltungs-Musik.

Tonhalle

Schmiedestraße 20
 Heute Sonntag:

Grosse Unterhaltungsmusik!
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei!

Frei-Concert

jeden Abend in

Stadt Stockholm

87 Engelsgrube 87.

Damen-Kapelle

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

Tanzkränzchen.
 Anfang 4 Uhr.
 F. Holst.

Wakenitz-Bellevue.

Heute Sonntag:

Tanzkränzchen.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
 W. Kruse.

Gasthaus zum Cravestrand
 (Moising).

Sonntag den 31. Januar:

Bockbier, The-dansant.

Bockbierkrappen gratis.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

(E. G. m. u. H.)

Ordentl. General-Versammlung

am Donnerstag den 4. Februar 1897, Abends 8 1/2 Uhr
 in den Central-Hallen, Dankwartsgrube.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1896.
2. Berichterstattung des Aufsichtsraths über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl zweier Aufsichtsrathsmitglieder.
4. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes vom Jahre 1896.

An der General-Versammlung dürfen nur Mitglieder theilnehmen, die sich durch Antheilsheine legitimiren müssen.

Der Vorstand.

NB. Vom 27. Januar bis 4. Februar d. J. ist die Bilanz und Jahres-
 abrechnung für das Rechnungsjahr 1896 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokale
 der Genossenschafts-Bäckerei, Köpferweg 65, ausgelegt.

Geäfts-Gröffnung.

Dem verehrten Publikum der Vorstadt St. Lorenz (Wilhelmshöhe) und meinen Freunden
 hierdurch die Mittheilung, daß ich mit dem heutigen Tage die

Colonialwaaren-Handlung

des Herrn H. Schmidt, Schwartauer Allee 131a,

käuflich übernommen habe. Ich bitte das meinem Vorgänger bewiesene Wohlwollen auch auf mich
 übertragen zu wollen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werthen Kunden in jeder Art
 zufrieden zu stellen und geehrte

J. Timm.

Dem geehrten Publikum die ergebene Mittheilung, daß ich

Cronsforder Allee 67

eine

Schlachterei nebst Wurstmacherei

eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll

Conrad Klein, Cronsforder Allee 67.

Busch's Bier-Convent.

Heute:

Grosses Bock-Bierfest.

Lieder gratis.

Chr. Busch.

Sonntag den 31. Januar:

Brauerei & Fackenburg. Frei-Concert.

Eintritt gegen Lösung eines Programms für 10 Pfg.

Anfang 4 Uhr

Restaurant Dahmcke, Mengstrasse 6.

Täglich:

Frei-Concert von der Elite-Damen-Kapelle „Detave“

(6 Damen, 2 Herren). Directrice: Fräulein Wilhelmine Terkanowicz.

Anfang Wochentags 7 Uhr Abends, Sonntags 4 Uhr Nachmittags.

Hansa-Halle Sonntag: Unterhaltungsmusik **Freier**
 und Familientränzchen. **Eintritt.**

Elysium Gr. Tanzmusik.

Quadrille um 10 Uhr.

Central-Hallen. Jeden Sonntag: **Tanz** in beiden
 Sälen.

Neu-Lauerhof. Grosses Tanzkränzchen.

Jeden Sonntag: Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr. Entree frei.
 Herrn. Gatsche.

Musik vom Musiker-Fachverein.

Central-Hallen. Sonntag d. 7. Februar: **Große**
Volts-Mascherade.

Concert-Haus „Flora“

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr.

F. Grammerstorf.

COLOSSEUM. Berliner Hof.

Heute Sonntag:

Große freie Tanzmusik.

Anfang 4 Uhr.

W. Dassler.

Adlershorst.

Tanz-Unterhaltung

NB. Sonntag den 14. März:

Große Volksmascherade.

Quartett-Verein „Luba“.

Masken-Ball

am Sonntag den 31. Januar
 im Lokale Frahm, Concordia-Garten.
 Anfang 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Ende 4 Uhr.

Karten sind zu haben bei Herrn Graack, Staben-
 str. 27/12 u. Frau Maack, Sebanstr. 26b.

NB. Maskengarderobe und Friseur im Lokal.
 Fremde Pierrots haben keinen Zutritt.

Der Vorstand.

NB. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

Einladung

zum

Ball der Meinerschen Fuhrleute
 am Dienstag den 2. Februar
 im Lokale des Herrn J. Bürkop
 „Central-Hallen“.

Lokal-Öffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Ende Morgens.

Der Vorstand.

St. Lorenz-Liedertafel

am Mittwoch den 3. Februar

Stiftungs-Fest
 im Concerthaus Flora.
 Anfang 8 Uhr. Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Circus Variété

Sonntag den 31. Januar,
 um 4 und 7 1/2 Uhr:

Letzte Vorstellungen
 in dieser Saison!

Nachmittags ermäßigte Preise!

Stadttheater in Lübeck.

Sonntag den 31. Januar,
 Nachm. 4 Uhr:

Gr. Fremden-Vorstellung
 6. Gastspiel der Prima ballerina
 und Balletmeisterin
 Fräulein Paula Tagliani.

Phantasten im Bremer Rathskeller.
 Phantastisches Tanzbild frei nach W. Hauff
 von E. Graeb.

Dargestellt und geleitet vom gesammten Solo-
 und Chorpersonal.
 Vorher:

Neu! Großer Erfolg! Großer Erfolg!
Das Wetterhäuschen.

Musikal. Genrebild in 1 Aufzuge von Adrian Ross.
 Abends 7 Uhr

73. Abonnem.-Vorst. 1. Abthlg.: Man.
 Doppel-Vorst. zu einfachen Kassenpreisen.

Das Glöckchen des Eremiten.
 Komische Oper in 3 Aufzügen von Mailart.
 Hierauf:

Der Widerspänstigen Zähmung.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Shakespeare.
 Gewöhnliche Oprenpreise.
 Montag den 1. Februar.

75. Abonnem.-Vorst. 3. Abthlg.: Vita.
 (Die 74. Abonnem.-Vorst. findet Donnerstag statt.)
 Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.

Zum letzten Male:
Seine officielle Frau.

Vorläufige Anzeige.
 Dienstag den 2. Februar.
 Außer Abonnement.

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Gastspiel von

Signorina Franceschina Prevosti.

Margarethe.

Oper in 5 Aufzügen von Gounod.
 Margarethe — Signorina Prevosti u. G.

Preise der Plätze: 1. Rang 4,50 Mk., 1 Par-
 quet 3,50 Mk., 2. Parquet 2,50 Mk., 2. Rang-
 Balkon 2,50 Mk., 2. Rang-Loge 2 Mk.

Die Hebammen und die Kirche.

sz. Wie bekannt, gehört der Beruf der Hebammen nicht zu den leichtesten, wohl aber zu den am meisten verantwortungsvollsten. Sehr oft, zumal auf dem Lande, sind die Hebammen gezwungen, viel mehr auf sich zu nehmen, als wie es ihren Kenntnissen und ihrer Ausbildung entspricht; dies auf Grund der einfachen, aber nicht immer günstigen Logik, daß man ein kleineres Uebel einem größeren vorzieht. Wie es in solchen Fällen der Hebamme zu Muthe sein muß, und sei sie sich noch so sehr ihrer ungenügenden Ausbildung nicht bewußt und noch so sehr unternehmend, darüber zu urtheilen vermag nur derjenige, dem schon einmal ein Menschenleben anvertraut war, um welches er mit dem schwarzen Engel zu ringen hatte. Ferner ist eine Hebamme auch nicht in der glücklichen Lage eines Arztes, sich nur auf die Arbeiten, die ihr Beruf mit sich bringt, beschränken zu können; sondern sie ist vielmehr sehr oft gezwungen, auch die Wartefrau, die Köchin, ja die Winderwäscherin und das Kindermädchen zu vertreten. Doch es soll hier nicht das Loos der Hebammen im allgemeinen geschildert werden; da könnte noch mancherlei gesagt werden. Hier sei nur kurz darauf hingewiesen, wie mannigfach und verantwortungsvoll die Pflichten der Hebammen sind. Daß dies wohl für ein Menschenkind genüge, zumal wenn dies Menschenkind auch noch Familienpflichten zu erfüllen hat, ist für Jedermann klar.

Nun meinte aber der Herr Pastor Hermann zu Wittenberg, die Hebammen sollen auch noch Assistentinnen der Kirche, oder besser, der Geistlichkeit sein, um denselben zu helfen, „in dieser aufgeregten Zeit“ die Religion dem Volke zu erhalten. Die erste Nummer der „Allgemeinen Deutschen Hebammen-Zeitung“ vom Jahre 1897 bringt an leitender Stelle einen Vortrag, den der Herr Pastor Hermann im Hebammenverein zu Wittenberg über das Thema „Die Hebamme und die Kirche“ gehalten hat. Nachdem der Herr Pastor darauf hingewiesen hatte, daß die Kirche bezw. die kirchliche Behörde keine Verpflichtungen den Hebammen gegenüber habe, meinte er, daß die Hebammen „trotzdem ein großes Maß von Verpflichtungen der Kirche gegenüber haben“, und zwar nicht etwa bloß „die Verpflichtung, die ein jeder Christ in dieser aufgeregten Zeit hat, an dem Bau des Reiches Gottes mitzuarbeiten . . .“, sondern auch noch Pflichten, die aus der Erwägung entspringen, daß die Hebammen „zu denen gehören, denen Gott ein besonderes Amt anvertraut hat“, „gehört denn der Beruf des Arztes nicht auch zu den „besonderen Aemtern“? Und kann denn der Arzt nicht auch an dem Bau des Reiches Gottes mitarbeiten helfen? Aber wir sind überzeugt, daß der Herr Pastor im Ärzteverein einen solchen Vertrag nicht halten wird? Und warum? Nun, ganz einfach: weil die Frauen leider noch immer zu den Rückständigsten in der Gesellschaft gehören und immer noch ein Ohr für Predigten haben und sich deshalb leicht als Werkzeuge der Geistlichkeit gebrauchen lassen und sei es gegenüber ihren eigenen Männern!

Doroberg.

Erzählung von Adolph Streckfuß.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Herr Theodor Laur führte seinen Freund nach einem im Hintergrunde des Kellerraumes stehenden Tisch, an welchem vier elegant gekleidete junge Männer saßen.

„Meine Herren,“ sagte er mit Pathos, „ich habe die Ehre, Ihnen hier einen vortrefflichen jungen Mann, meinen verehrten Freund, Herrn Sindiosus Heldreich vorzustellen, der erst heute in Berlin angekommen ist und nun wünscht, in Ihrem verehrungswürdigen Kreis aufgenommen zu werden. Herr Heldreich, erlauben Sie mir, Ihnen die Herren vorzustellen, — Herr Fischer“

Ein großer, schöner Mann von aristokratischem Aeußern verbeugte sich leicht.

Heldreich blickte erstaunt auf, er hatte eine solche Erscheinung nicht im Verbrecherkeller gesucht, als er aber in die matten blauen Augen blickte, als er die schlaffen, bleichen Züge näher betrachtete, schwand seine Bewunderung.

„Herr Referendar Bombelitz,“ — ein kleiner untersehter junger Mann von dreißig Jahren, der mit etwas fadenscheiniger Eleganz gekleidet war, sprach auf und begrüßte Heldreich mit einer außerordentlichen Freundlichkeit. „Willkommen in der Musenstadt, Commilitone.“ rief er, „hoffentlich sind Sie Jurist. Nichts Anderes dürfen Sie studiren. Das „jus“ ist das einzige vernünftige Studium. Nicht wahr, Graf?“

Fischer, an den er sich fragend gewendet hatte, nickte ihm mit einem Nicken zu.

Herr Walbers und Böhme waren zwei Alltagsgestalten, wie sie zu Duzenden sich in den Straßen großer Städte umhertreiben: das Urbild jener existenzlosen Menschen, welche nie arbeiten und dennoch leben, welche nie einen

Spricht doch der Herr Pastor nicht umsonst von „aufgeregten Zeiten“! Was sind denn das für aufgeregte Zeiten? Wir stehen doch nicht inmitten eines Krieges und sind auch nicht vom äußeren Feind in den eigenen Mauern eingesperrt, wobei uns nichts übrig bleibt, als nur noch zu beten. Also was versteht denn der Herr Pastor unter „aufgeregten Zeiten?“ — Was denn sonst, als den Kampf der Unterdrückten, der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter! Den Kampf der sich abrackern bis über das Menschenmögliche sich schinden und dennoch im Elend lebenden und hungernden Proletarier gegenüber den im Ueberflusse schwelgenden Kapitalisten. Daß dieser Kampf auf die oberen Zehntausend beunruhigend wirkt, wer begreift dies nicht! Ist doch kein Profit für die Herren Kapitalisten groß genug! Wer bezweifelt nicht, daß der jetzige Hamburger Streik auf die Arbeiter beunruhigend wirkt! Stobt doch für ein paar Wochen der große Geldfluß in ihrem auch schon ohnedies vollen Säckel! Und daß sich die Herren trotzdem weigern, den Arbeitern die geforderten paar Pfennige mehr Lohn zu zahlen, weil sie die Arbeiter noch nicht genügend unter ihrer Macht zu haben glauben, dies freilich wirkt nicht „beunruhigend“!

Also, weil der Proletarier bestrebt ist, ein menschenwürdiges Dasein zu erreichen, den Seinigen das Nothwendigste zu verschaffen, deshalb sollen ihm seine Frau, seine Mutter, seine Schwester entgegenwirken! Nicht als Mitkämpferin an seiner Seite stehen, ihn und somit auch sich ein besseres Loos zu verschaffen suchen, sondern als Beguerin, als Beschwichtigterin soll sie ihm entgegentreten! Auf das Himmelreich ihn verweisen und ihn unterdessen auf Erden hungern und darben lassen! Oder vielleicht gerade zu dem Zweck, auf daß er um so schneller in das Himmelreich komme?!

Daß der Herr Pastor sich die Thätigkeit der Kirchenassistentinnen in diesem Sinne denkt, ersieht man klar aus dem, was er an einer anderen Stelle seines Vortrages ausführt! Da heißt es: „Und das eine mögen Sie besonders noch freundlichst anhören; ich höre so oft, gerade in armen Familien, daß die Mütter sich beklagen, sie hätten es in ihrer Noth nicht so gut, wie die reichen Frauen, die mehr geben und bezahlen könnten: reden Sie bei den Armen besonders freundlich und zeigen Sie hier besondere Treue, daß die Armuth es sieht, daß die christliche Schwesterliebe auch einmal ohne Lohn wirken und arbeiten kann, und lassen sie es der Armuth nicht merken, daß sie so viel entbehren muß.“ Ja freilich, lassen Sie es der Armuth nicht merken, daß sie soviel entbehren muß! Lullen Sie sie ein durch schöne Redensarten! Hypnotisiren Sie sie, machen Sie sie glauben, daß sie nicht hungrig, sondern satt sei! Daß sie nicht im kalten Zimmer und im Schmutz liegt, sondern im Atlas geküßt. Aber wie denkt sich denn der Herr Pastor, werden sich die schönen Redensarten der Hebammen in eine kräftige Suppe, die der Wöchnerin so noth thut, verwandeln! Ist es möglich, durch Redensarten frische Wäsche und im Winter ein warmes Zimmer der Wöchnerin zu verschaffen?! Den eventuell schon vorhandenen Kindern das nothwendige Brot zu kaufen? Muß nicht vielmehr die Wöchnerin schon am zweiten bis dritten Tag ihr Bett

verlassen, und zwar nicht nur deshalb, weil niemand da ist, der sie und ihre Kinder versorgt, sondern auch, um zu arbeiten, um zu verdienen, weil der Verdienst des Mannes nicht ausreicht, oder er gar arbeitslos ist?! — „Lassen Sie sich — sagt ferner der Herr Pastor — die kleine Mühe nicht verbrießen, die Hilfsbedürftigen in den eventuell vorhandenen Vereinigungen für arme Wöchnerinnen anzumelden, damit die Mütter . . . nicht gezwungen werden, zu früh aufzustehen und ihre Arbeit wieder aufzunehmen.“ Also, einen Bettelpfennig für die niedergekommenen Arbeiterfrauen! Warum geht denn nicht der Pastor zu den Unternehmern und predigt diesen, sie sollen den Arbeitern und Arbeiterinnen mehr Lohn zahlen, damit die Arbeiterinnen nicht gezwungen seien, zu früh das Wochenbett zu verlassen und zu früh zur Arbeit zu greifen, und damit sie ihre nothwendige Pflege haben und ihre Kinder in dieser Zeit nicht verwaist und hungrig herumlaufen müssen?! Aber vor den reichen Ausbeutern beugt die Frömmigkeit das Knie, und so zieht es der Herr Pastor vor, die armen Wöchnerinnen auf die schönen Redensarten der Hebammen und auf die Bettelsuppen zu verweisen!

Noch viele andere Pflichten weiß der Herr Pastor für die Hebammen. Sie sollen ein „unschuldig gefallenes Menschenkind“ trösten, ein solches aber, welches alle Scham verloren hat — „strafen und warnen und darauf hinweisen, daß die Sünde der Leute Verderben ist.“ — Selbstverständlich gilt das nur für die armen Geschöpfe von Fabrikmädchen, die auf die „Sünde“ als Nebenverdienst angewiesen sind, dank dem tagelohn, den der Fabrikherr ihnen zahlt! Darauf aber, auf den Hungerlohn, die Ausbeutung, darf die Hebamme die arme Sünderin beiseite nicht aufmerksam machen, denn die Armuth darf ja nicht merken, daß sie „so viel entbehren muß“.

Und nun nur noch ein Wort über die Konsequenz, welche der Vorschlag des frommen Pfarrers für die Hebammen haben kann. Man denke sich folgendes: An einem Ort sind zwei Hebammen thätig. Die eine findet es für gut, mit dem Herrn Pastor zu halten; schlecht oder recht, sie thut, wie er es empfohlen hat. Die zweite geht ihre eigenen Wege. Wie bekannt, versteht der Pastor auf dem Lande viel öfter als in der Stadt mit der Einwohnerschaft; und, wie sehr begreiflich, mit den Honoratioren, die da sind: der Schultheiß, die Gemeinderäthe, der Großbauer, der Kaufmann und ähnliche „bessere“ Herrschaften. Das sind auch zugleich diejenigen, welche der Hebamme mehr zahlen. Selbstverständlich wird der Herr Pastor für sein gehorames Lämmchen, die erste Hebamme, bei den „besseren“ Herrschaften ein gutes Wort reden, ihr somit die bessere Kundenschaft zuführen. Die zweite Hebamme muß sich also mit dem ärmeren Theil der Einwohnerschaft begnügen. Daß sowas auf dem Lande leicht zu machen ist, ist doch klar. Und andererseits, da bei der Sache ein materieller Vortheil winkt, so wird manche Hebamme Frömmigkeit heucheln, um nur in die Gunst des Pfarrers zu kommen. Wer nicht auf die frommen Worte hört, hört vielleicht auf den Klingelbeutel!

Die Armen einlullen, auf das himmlische Reich ver-

thalen in der Tasche haben und dennoch an allen öffentlichen Vergnügungsorten zu treffen sind.

Der Referendar Bombelitz begann mit Heldreich, der sich zu ihm setzen mußte, sofort ein lebhaftes Gespräch, während Laur einige leise Worte mit Fischer sprach.

„Du bringst uns da einen seltsamen Vogel,“ sagte der Letztere. „Er sieht aus, als ob nicht viel an ihm zu rupfen wäre.“

„Er kommt nach Berlin, um hier zu studiren. So etwa 50 bis 60 Thaler hat wohl jeder neue Student bei sich.“

„Nun, das lohnte schon der Mühe. Hast Du ihn in der „Krone“ einquartirt?“

„Nein, Graf, er wollte durchaus nach dem „Grünen Baum“. Um ihn nicht mißtrauisch zu machen, mußte ich nachgeben. Fang' auch nicht gleich mit dem Spiel an; erst wenn er betrunken ist, sonst geht er uns aus dem Garn, denn er ist ein heller Junge! — Hier her, Lene, wir sitzen noch ganz trocken!“

Eine schlampige Kellnerin brachte zwei Seidel, sie gab dieselben aber nicht aus der Hand, ehe sie die Bezahlung erhalten hatte. Während sie wartete, erlaubte sich der Referendar Bombelitz einige handgreifliche Scherze; sie ertrug dieselben ohne eine Miene zu ändern; es machte ihr keine Freude, kränkte sie aber auch nicht, solche Scherze gehörten ja zum ewigen Einerlei ihres Lebens.

„Ihr Wohlsein, Herr Heldreich! Stoßen Sie an auf lange Freundschaft!“ Mit diesen Worten setzte sich Herr Theodor Laur wieder neben Heldreich, der froh war, dadurch von dem Referendar Bombelitz getrennt zu werden; denn dieser hatte ihn mit fortwährenden Fragen überhäuft und es ihm dadurch unmöglich gemacht, sich gehörig umzuschauen. Jetzt konnte er es thun und wahrlich, die im Verbrecherkeller anwesende Gesellschaft war wohl einer näheren Betrachtung werth.

Um mehrere große Tafeln saßen auf schlechten Bänken

die munteren Becher, der Auswurf der großstädtischen Bevölkerung. — In einer Ecke war ein Hazardspiel im Gange; mit stieren Augen blickten die Spieler auf das rollende Geld, die Verlierer schimpften und fluchten, die Gewinner jubelten, aber schwer wäre es zu sagen gewesen, ob das Loben der Ersteren oder das Lachen der Letzteren gemeiner und widerwärtiger war.

An einem anderen Tische wurde gesungen.

„Da wo man singt, da laß dich ruhig nieder,
Denn böse Menschen kennen keine Lieder!“

Es wurde gesungen, aber welch' ein Lied! Heldreich erröthete. Solches Maß von Unflätigkeit, in wenige Worte gedrängt, hatte er noch nicht zu ahren vermocht.

Zwischen den Spielenden, Zechenden, Singenden bewegte sich schnell und geräuschlos die Kellnerin; hier empfing sie ein Schimpfwort, dort einen Kuß, mit diesem mußte sie aus einem Glase trinken, jener stieß sie wüthend zurück; aber weder Freundlichkeit und Bärtlichkeit, noch brutale Grobheit vermochten auf diesen abgelebten Zügen eine Veränderung hervorzurufen.

Heldreich war lange ein stummer Beobachter der merkwürdigen Gesellschaft gewesen, jetzt aber wendete er sich an Herrn Theodor Laur, um diesen nach einem der Spieler zu fragen, der seine besondere Aufmerksamkeit erregt hatte, nach einem jungen Mann von kaum 25 Jahren, der durchaus nicht in die Gesellschaft, in der er lebte, zu passen schien. — Der Spieler gehörte keiner ganzen Genossen fast sämmtlich halb zerlumpte Arbeiter waren. Er allein fluchte weder, wenn er verlor, noch äußerte er seine Freude, wenn er gewann. Er bog ruhig seine Karten, scheinbar ohne irgend eine Empfindung für den Wechsel des Spiels. Sein fein geschnittenes Gesicht war bleich, aber es trug nicht jene krankhafte Blässe, welche durch ein mühsames Leben erzeugt wird. Heldreich nahm

weisen, damit die Reichen unterdessen schon auf Erden das Himmelreich genießen können und sich dabei nicht zu beunruhigen brauchen — dies der kurze Sinn der langen Rede des gottseligen und menschenfreundlichen Herrn Pastors!

Soziales und Partei-Leben.

Das deutsche Sekretariat für die internationalen Bergarbeiter-Kongresse veröffentlicht durch Heinrich Müller einen Aufruf an die Bergarbeiter Deutschlands, worin dieselben aufgefordert werden, den nächsten deutschen Bergarbeiter-Kongress, der auf Ostern dieses Jahres nach Helmstädt in Braunschweig einberufen wird, zahlreich zu beschicken. Während internationale Bergarbeiter-Kongresse alljährlich abgehalten werden und dieses Jahr bereits der achte zusammentreten wird, haben die deutschen Bergarbeiter einen nationalen Kongress bis jetzt nur ein einziges Mal abgehalten und zwar im Jahre 1894 in Essen an der Ruhr. Die Tagesordnung des Kongresses wird später bekannt gegeben. Die Generalversammlung des Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter Deutschlands wird ebenfalls zu Ostern in Helmstädt abgehalten.

Die Ermittlungen der Kommission der Berliner Bäckergehilfen über die Einwirkung des Maximalarbeitstages auf die Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe haben folgendes Resultat ergeben. Der diesbezüglichen Umfrage entprochen haben nur die Gehilfen von 375 Bäckereien. Nach ihren Angaben besolten nur 131 Meister die Bundesratsverordnung, in den übrigen Bäckereien wird bis zu 20 Stunden ohne Pause täglich gearbeitet. Die Frage, ob die gesetzlich eingeführte 12stündige Arbeitszeit den Gehilfen Vorteile bringe, wird von 130 Betrieben verneint mit der Begründung, daß die Meister den Maximalarbeitstag einfach ignorieren. Entgegen den Ermittlungen der Meister befragen die Fragebogen der Gehilfen, daß in den mittleren Betrieben der Maximalarbeitstag in demselben Verhältnis durchgeführt werde, wie in den großen und kleinen Bäckereien. Der Wochenlohn beträgt bei voller Beschäftigung durchschnittlich 10,05 Mk. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich auf zweitausend. Das vorliegende Resultat wird dem Bundesrath unterbreitet.

In der Lederfabrik von Ehl u. Straßer in Berlin stellen 50 Färber die Arbeit ein, weil ihre Forderung auf Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters ablehnend beantwortet wurde.

In Dresden beauftragten die Tischler ihre Lohnkommission, den Unternehmern — die Zustimmung des Holzarbeiter-Verbandes vorausgesetzt — zu Pfingsten folgende Forderungen zu unterbreiten: Neunstündige Arbeitszeit; Einführung der Lohnzahlung am Freitag; Minimallohn von 38 Pfg. pro Stunde; einheitlicher Lohnstarif; Abschaffung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit, für unvermeidliche Ueberarbeit einen Zuschlag von 50 pCt.; Freigabe des 1. Mai als Feiertag; Einführung von Lohnbüchern, am Lohnstag volle Abschlagszahlung nach Maßgabe des Stundenlohnes; 20 pCt. Erhöhung der jetzt bestehenden durchschnittlichen Akkordlöhne. Zu letztem Punkte hat die Lohnkommission noch Spezialtarife für Bau- und Möbeltischler auszuarbeiten.

Webelöhne. Unser Sojer Parteiblatt, die „Oberfränk. Volksgaz.“, schreibt: „Auf die erbärmlichen Löhne der Handwerker haben wir schon wiederholt hingewiesen, daß aber auch die Löhne der Fabrikarbeiter die Bezeichnung „erbärmlich“ verdienen, geht aus zwei uns vorliegenden Lohnzetteln hervor. Danach hat ein Weber,

der auf 3 Stühlen arbeitet, innerhalb 14 Tagen 17 Mk. 34 Pfg. verdient; ein anderer Weber kam sogar bei zwei Stühlen auf nur 7 Mk. 42 Pfg., sage sieben Mark 42 Pfennig. Mit diesen Hungerlöhnen soll man dann eine Familie ernähren. Verlangen die Arbeiter dann eine Lohnerhöhung, dann wissen unsere faulen Dividendenjäger nicht genug über die „Begehrlichkeit“ der von sozialdemokratischen Agitatoren „verhexten“ Arbeiter zu schimpfen.

Große Arbeitslosigkeit herrscht zur Zeit unter den Kellnerinnen in Berlin. Viele Kneipen mit Damenbedienung sind infolge der Ungunst der Zeit in den letzten Monaten eingegangen, andere, namentlich solche, die mit Singpielhallen verbunden sind, haben insbesondere aus Rücksicht auf die strenge Handhabung der Polizeistunde in Damenkneipen Kellner angestellt.

Aus Hah und Fern.

Berlin. Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Mitgliedes des laudesherrlichen Hauses, sowie wegen Betruges hatte sich der Tapeziergehilfe Carl Ott vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Anklage lag ein ganzer Roman zu Grunde, der wieder einmal beweist, wie unglaublich blind manche Frauen sind, sobald es sich um Herzensangelegenheiten handelt. In Misdroy war es, wo die ehedem geborene Frau von Blagwitz Erholung von den Sorgen ihres noch nicht lange beendeten Ehescheidungsprozesses suchte. Der Angeklagte, der um dieselbe Zeit in Misdroy in Arbeit stand, verstand es, obgleich er etwa 20 Jahre jünger und ganz ungebildet ist, Eindruck auf Frau v. B. zu machen; sie faßte eine starke Neigung zu dem jungen Manne, die so weit ging, daß zwischen beiden eine Art Verlobung stattfand. Der Angeklagte hatte sich für einen Hoftapezier des Kaisers ausgegeben und über seine Person einen Nimbus verbreitet, der nur durch das Spielen einer unglaublich ergiebigen Phantasie möglich war. Er gab die ungeheuerlichsten Geschichten über seine nahen Verbindungen mit sehr hohen Persönlichkeiten zum Besten und betörte die leichtgläubige Frau derartig, daß sie nicht einmal stutzig darüber wurde, daß in den zärtlichen Liebesbriefen, die er der Angeklagten schrieb, die heftigsten orthographischen Schnitzer an der Tagesordnung waren. Seinen eigentlichen Zweck, Frau v. B. gehörig auszuplündern, erreichte er im Sommer und letztere sah erst zu spät, daß sie einem abgeseimten Schwindler in die Hände gefallen war. Im Verlaufe des Verkehrs mit Frau v. B. hatte der Angeklagte, wie durch Zeugen festgestellt wurde, auch eine Reihe haarsträubender Erzählungen über das Kaiserpaar zum Besten gegeben, welche schwere Beleidigungen enthielten. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Schwarzenberg. In Böhma vergiftete eine Frau mit Namen Therese Richter mittelst vergifteten Kaffees ihre Schwiegermutter. Drei weitere Erkrankte sind auf dem Wege der Besserung. Die Giftmischerin ist mit ihrem siebenjährigen Sohn flüchtig.

Düsseldorf. Freiherr von Erhardt ist bekanntlich aus dem Offiziersstande ausgestoßen worden, weil er sich mit dem jungen Referendar Evers nicht duelliren wollte. Ein hiesiges Blatt theilt nun Folgendes mit: „Der Kaiser hat das Urtheil des Ehrengerichts zu bestätigen gehabt. Er bestätigte die Aberkennung des Kreuzes nicht; es wurde Herrn von Erhardt mitgetheilt, daß ihm das Kreuz aus besonderer Gnade belassen sei. Darauf legte Herr v. Erhardt das Kreuz ab und schrieb zurück, er stellte das Kreuz hiermit zur Verfügung, da er ein Ehrenzeichen, das er sich in so viel Schlachten unter Daran-

setzung seines Lebens erworben habe, nicht aus besonderer Gnade tragen wollen. — Als Herr von Erhardt verurtheilt war, schrieb man ihm, an dem und dem Tage Vormittags 11 Uhr, werde der Major Gropp in seiner Wohnung erscheinen, um seine Offizierpatente in Empfang zu nehmen. Der Verurtheilte verbrannte diese Patente, schrieb dann, daß dieses geschehen sei und daß er im Uebrigen selbst darüber zu bestimmen habe, an welchem Tage und zu welcher Stunde er in seinem eigenen Hause Besuche empfangen wolle.“ — Man muß gestehen, daß man den Hut lüften muß vor solchem Rückgrat!

O, welche Lust Soldat zu sein. Es war bis daher uns, daß der zur Reserve entlassene Soldat, wenn er dessen bedürftig war, vom Regiment einen abgetragenen Anzug mit nach Hause nehmen und behalten durfte. Für gewöhnlich waren dies ja auch Hosen und Waffentrübe, die in Wirklichkeit eben gar nichts mehr werth waren, als verschenkt zu werden. Nun ist, wie man am Schöffengericht zu Augsburg erfahren konnte, auch diese Gepflogenheit aufgehoben worden. Nachdem der ledige Weber Alois Huber von Griesbach beim bayer. 16. Infant. Regiment seine zweijährige Dienstzeit durchgemacht, wurde er am 19. Oktober vergangenen Jahres zur Reserve entlassen. Da er keinen Zivilanzug besaß, erhielt er vom Regiment eine Militär-Montur und ein Paar Schuhe, im Gesamtwerthe von 20 Mark (?) mit, und den Auftrag, diese Sachen bis längstens 14 Tagen wieder beim Bezirks-Kommando einzuliefern. Da Huber aber, bei dem dermaligen Mangel an Arbeitsgelegenheit, keine Mittel besaß, sich eigene Kleider anzuschaffen, war er gezwungen, die ärarischen Gegenstände dermaßen abzutragen, daß sie nur für das Militär unbrauchbar geworden sind. In dieser Handlungsweise des Reservisten Alois Huber erblickte das Amtsgericht ein Vergehen der Unterschlagung und verurtheilte ihn deshalb zu 12 Tagen Gefängnis, mit der Begründung: Wenn auch Huber in Wirklichkeit keine Mittel besessen hat, sich eigene Kleider anzuschaffen, so hätte er sich deshalb an seine Gemeinde wenden sollen; unter allen Umständen aber war er verpflichtet, dem strikten Befehl seiner Vorgesetzten nachzukommen. — Erst zwei Jahre Soldat, dann arbeitslos, ohne Substanzmittel auf der Landstraße und nun zum Schluß 12 Tage Gefängnis. Wenn da der Militarismus und alles, was drum und dran hängt, nicht in höchster Glorie erscheint, dem ist nicht mehr zu helfen, der mag getroßt den Staub von den Mantelfeln schütteln.

Brüssel. Mittwoch Nachmittag fand sich auf dem hiesigen deutschen Konsulate ein Mann ein, der sich als Deferteur eines Düsseldorfer Regiments bezeichnete und auf Kosten des Konsulats heimzureisen verlangte. Der Sekretär des Konsulats schlug die Forderung ab. Kurz darauf versetzte ihm der Deferteur mehrere heftige Schläge, wobei er ihm die Kinnlade zerquetschte. Es entspann sich ein Kampf; der Deferteur konnte jedoch die Flucht ergreifen, ehe die Polizei zur Stelle war.

Die Sozialistenkneipe hat der Polizei einmal eine tüchtige Blamage eingetragen. Allerdings spielt der Vorfall in Italien. Das nimmt ihm aber nichts von seinem Humor. Die Frage, welche der italienischen Polizei gegenwärtig so viel Kopfzerbrechen macht, ist die: „Wo wohnt Genosse Lassalle?“ Bei der Auflösung eines sozialistischen Vereins in Genua fiel nämlich den dortigen Polizeibeamten mehrmals der Name eines gewissen, wie es scheint, überaus verdächtigen „Genossen Lassalle“ in die Augen. Die Polizei von Genua sucht seitdem, allerdings noch vergeblich, nach der Behauptung dieses Genossen, um ihn auf Nummer Sicher zu bringen.

an dem jungen Manne, den, wie ihn selbst, nur ein Zufall an diesen Ort verschlagen haben konnte und der in diesem Augenblick sicherlich das Opfer einer Spielerbande wurde, ein lebendiges Interesse.

Herr Theudobald Laur lächelte, als ihm Heldreich seine Gedanken mittheilte. „Sie geben sich einer Täuschung hin, mein geehrter Herr Heldreich,“ entgegnete er, „einer Täuschung, welche Ihrem edlen Herzen Ehre macht. Sehen Sie dort das Laster des Spiels in seiner furchtlichsten Gestalt. Spielen Sie nie Karten! Jener junge Mann ist ein Baron, der sein ganzes Vermögen verspielt hat und jetzt davon lebt, jene Kerls zu betrügen! — Preisen Sie sich glücklich, daß Sie einen wahren Freund gefunden haben, der Sie beim ersten Eintritt in diese Lasterhöhle vor den Fallstricken des Bösen warnt. — Aber trinken Sie, Freund, trinken Sie! Lene, neue Seidel!“

Die frischen Seidel kamen und wurden getrunken, um auf's Neue eingesehnt zu werden; aber Herr Theudobald Laur wartete vergebens auf ein Zeichen von Trunkenheit bei seinem Schützling. War doch ihm selbst schon das Bier zu Kopfe geflogen und doch übte das Getränk nicht den geringsten Einfluß auf die kräftige Natur des jungen Studenten.

Herr Fischer schaute mißmuthig vor sich nieder, Referendar Bombelitz gab deutliche Zeichen von Ungeduld. — wie lange sollte er warten, ehe er zum Ziele kam. Laur entschloß sich endlich, einen kühnen Versuch zu machen; er nickte seinem Freund Fischer bedeutungsvoll zu.

Fischer lehnte sich gähmend im Stuhle zurück und sagte: „Ich begreife Euch nicht, Ihr seid heute alle schrecklich langweilig. Herr Heldreich muß einen sonderbaren Begriff von unserer Gesellschaft bekommen. Wie wäre's, wenn wir, um uns die Zeit zu vertreiben, ein Spielchen machten?“

„Nein, Graf! Unter keiner Bedingung!“ rief Theudobald Laur eifrig. „Nur kein Spiel, Du weißt, ich hasse die Karten!“

„Wer denkt daran? Ich rühre selbst keine Karte an. Nein, ein einfaches Gesellschaftsspiel! Wir wollen das Bier auswürfeln.“

„Das ist freilich etwas Anderes! Das kann ja den Hals nicht kosten. Bekenne mich nicht, Graf, Theudobald Laur ist durchaus kein Philister! Ich würde das Vergnügen der Gesellschaft stören, wenn ich mich vom Spiel ausschloße. Das wäre unanständig. Aber nur keine Karten und auch nur um das Bier, das mache ich mir aus!“

„Versteht sich! Bombelitz, laß Dir vom Wirth Würfel geben.“

Referendar Bombelitz eilte dienstwillig fort und kam nach wenigen Augenblicken mit einem Paar abgenutzter Würfel zurück.

„Also um das Bier!“ sagte Fischer, indem er die Würfel im Becher schüttelte und diesen Heldreich reichte. „Fange: Sie an, Herr Heldreich!“

Der Student fühlte, daß die Blicke der ganzen ehrenwerthen Gesellschaft auf ihn gerichtet waren; es gewährte ihm ein eigenthümliches Vergnügen, daß eben jetzt die Betrüger, welche ihr Opfer schon ganz sicher im Garn zu haben glaubten, selbst die Gefoppten sein würden. Herr Heldreich verbeugte sich leicht und entgegnete lächelnd: „Ich danke Ihnen, mein Herr, ich spiele niemals!“

„Von Spiel ist nicht die Rede, es geht nur um das Bier!“

„Ich bedauere aufrichtig. Wie schon gesagt, ich spiele niemals, am wenigsten mit Unbekannten. Ich würde die weisen Ermahnungen meines Freundes, des Hrn. Theudobald Laur, nicht beherzigen, wenn ich anders handeln wollte!“

Der arme Theudobald! Er sah mit einem wahren Leichenbittergesichte da, als er seine eigenen Worte gegen sich gerichtet hörte. Was nun? Er wählte das beste Auskunftsmittel, er schwieg.

Fischer schaute mit finsternen Blicken den Studenten an, der so unbefangen dasaß, als habe er gar keine Ahnung davon, daß an seinem Mitspiel etwas gelegen sein könne. „Lassen Sie sich aber nicht stören, meine Herren,“ sagte Heldreich freundlich, „ich sehe dem Spiel gern zu.“

Das war zuviel des Spottes. „Will der grüne Laffe uns verhöhnen?“ rief Referendar Bombelitz wüthend. Er sprang auf, Fischer und die andern beiden Freunde folgten ihm und zeigten Heldreich geballte Fäuste; nur Herr Theudobald blieb in stiller Verzweiflung sitzen und schaute jammervoll auf Herrn Heldreich, der so unbefangen um sich blickte, als ginge ihm die ganze Sache garnichts an.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Wohin führt die politische Maßregelung der Sozialdemokratie? Von Parvus. Dresden. Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. 52 Seiten. Preis 20 Pfennig. Die kleine Schrift, die zuerst als Artikelserie der „Neuen Zeit“ erschienen war, zerfällt in folgende Kapitel: Der neue Kurs. — Die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts. — Der Polizeistrike gegen die Sozialdemokratie. — Konstitutionalismus oder Sozialismus. — Der Staatsreich, der Militarismus, die Agrarier. — Die Furcht vor der sozialen Revolution. — Die Wirtschaftevolution. — Die allgemeine Wehrpflicht. — Die Disziplin. — Volk und Militär während eines Staatsstreiks. — Die Organisation des passiven Widerstandes. — Der politische Massenstreik. — Die Desorganisation der Regierung. — Warnung!

Der Verfasser untersucht, wie weit die Reaktion in den Beschränkungen der politischen Freiheit gehen kann und welche Folgen die politische Maßregelung der Sozialdemokratie zeitigen muß. Es ist eine sozialdemokratische Streitschrift, die mit ruhigem Trost den Gegnern entgegentritt.